

Niemand will „Türkentown“

Podiumsdiskussion der hessischen Ausländerbeiräte zur Integration / Parteien streiten

Von Jutta Rippegather

Keiner will nach Ethnien getrennte Wohnblocks. Doch leider gibt es sie längst, sagte Jörg-Uwe Hahn, Vorsitzender der Hessen-FDP, bei der Podiumsdiskussion der hessischen Ausländerbeiräte. Dass sich Nationalitäten separieren, sei auch nichts Neues oder eine hessische Spezialität. „Chinatown ist der Klassiker.“ Und er selbst habe kein Patentrezept dagegen – außer Zwang.

„Integration – wie weiter in Hessen?“ lautete das Thema, zu dem die Politiker der vier Landtagsfraktionen am Samstag in Frankfurt diskutierten. Am 27. Januar wählen die Hessen mit deutschem Pass ihr neues Parlament. Und dieser Tage hatte Thomas Dillger, der Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte und Mitglied der Wiesbadener FDP, bei einer Veranstaltung in Berlin ange-

kündigt, dass die Wohnungsbau-gesellschaft künftig „Milieuhäuser“ bilden wolle – eine Idee, die alle auf dem Podium ablehnten.

Integration kann's nur geben, wenn die Bewohner unterschiedlicher Herkunft sind

Integration könne nur stattfinden, wenn die Bewohner unterschiedlicher Herkunft seien. Keiner will Türkentown, da war man sich einig. Und für entsprechende Viertel trügen auch die Politiker Verantwortung. Die rot-grüne Vorgängerregierung, die das Thema lange vernachlässigt habe, sei schuld, sagte Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU), die sich mit der Sprachförderung von Kindern auf dem richtigen Integrationsweg sieht. Jürgen Frömmrich (Grüne) kontierte: „Endlich hat die CDU das Thema auch für sich

entdeckt.“ Viele Angebote für benachteiligte Menschen seien dem Rotstift der CDU-Regierung zum Opfer gefallen. Und dass in manchen Stadtteilen Nordhessens Spätaussiedler dominieren, habe ebenfalls die CDU mit ihrer verfehlten Ansiedlungspolitik zu verantworten. „Das Integrationsproblem hat einen deutschen Pass“, sagte der Nordhesse Frömmrich.

Im Süden des Landes sind die Sprachen der Ghetto-Bewohner zwar andere, doch auch dort schwelen Konflikte. Mehrfach wurde das durch bundesweite Schlagzeilen bekannt gewordene Hochhausquartier Spessartviertel in Dietzenbach erwähnt. Silke Lautenschlägers Erklärung: „Probleme kommen, wenn man keine Regeln hat.“ Sie ist die einzige auf dem Podium, die das von Hahn geforderte Integrationsministerium, das auch für Demografie und Europa zuständig sein soll, rund-

um ablehnt. Integrationspolitik sei eine Querschnittsaufgabe für die Ressorts Inneres, Bildung, Soziales, Wirtschaft. Hahn hält diese Arbeitsweise für ineffektiv: „Das Gerangel in verschiedenen Abteilungen kostet Zeit und Kraft.“

Gernot Grumbach, der die erkrankte SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti vertrat, meinte, wer für Integration sei, müsse dafür sorgen, dass die Migranten Arbeit oder Ausbildung bekommen, und ihnen Rechte einräumen. Grumbach plädierte für eine Verfassungsänderung, die allen hier wohnenden Menschen ein kommunales Wahlrecht einräumt.

Ein Zuhörer plädierte für eine Migrantenquote; eine Idee, für die sich keiner der Politiker erwärmte. Ein anderer kritisierte, dass die Landesregierung den muttersprachlichen Schulunterricht abgeschafft habe, so erziehe man „zweisprachige Analphabeten“.

Niemand will "Türkentown"

Hessische Ausländerbeiräte diskutieren über Integration / Parteien streiten

VON JUTTA RIPPEGATHER

Keiner will nach Ethnien getrennte Wohnblocks. Doch leider gibt es sie längst, sagte Jörg-Uwe Hahn, Vorsitzender der Hessen-FDP, bei der Podiumsdiskussion der hessischen Ausländerbeiräte. Dass sich Nationalitäten separieren, sei auch nichts Neues oder eine hessische Spezialität. "Chinatown ist der Klassiker." Und er selbst habe kein Patentrecht dagegen - außer Zwang.

"Integration - wie weiter in Hessen?" lautete das Thema, zu dem die Politiker der vier Landtagsfraktionen am Samstag in Frankfurt diskutierten. Am 27. Januar wählen die Hessen mit deutschem Pass ihr neues Parlament. Und dieser Tage hatte Thomas Dilger, der Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte und Mitglied der Wiesbadener FDP, bei einer Veranstaltung in Berlin angekündigt, dass die Wohnungsbaugesellschaft künftig "Milieuhäuser" bilden wolle - eine Idee, die alle auf dem Podium ablehnten.

Integration könne nur stattfinden, wenn die Bewohner unterschiedlicher Herkunft seien. Keiner will Türkentown, da war man sich einig. Und für entsprechende Viertel trügen auch die Politiker Verantwortung. Die rot-grüne Vorgängerregierung, die das Thema lange vernachlässigt habe, sei schuldig, sagte Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU), die sich mit der Sprachförderung von Kindern auf dem richtigen Integrationsweg sieht. Jürgen Frömmrich (Grüne) konterte: "Endlich hat die CDU das Thema auch für sich entdeckt." Viele Angebote für benachteiligte Menschen seien dem Rotstift der CDU-Regierung zum Opfer gefallen. Und dass in manchen Stadtteilen Nordhessens Spätaussiedler dominieren, habe ebenfalls die CDU mit ihrer verfehlten Ansiedlungspolitik zu verantworten. "Das Integrationsproblem hat einen deutschen Pass", sagte der Nordhesse Frömmrich.

Im Süden des Landes sind die Sprachen der Ghetto-Bewohner zwar andere, doch auch dort schwelen Konflikte. Mehrfach wurde das durch bundesweite Schlagzeilen bekannt gewordene Hochhausquartier Spessartviertel in Dietzenbach erwähnt. Silke Lautenschlägers Erklärung: "Probleme kommen, wenn man keine Regeln hat." Sie ist die einzige auf dem Podium, die das von Hahn geforderte Integrationsministerium, das auch für Demografie und Europa zuständig sein soll, rundum ablehnt. Integrationspolitik sei eine Querschnittsaufgabe für die Ressorts Inneres, Bildung, Soziales, Wirtschaft. Hahn hält diese Arbeitsweise für ineffektiv: "Das Gerangel in verschiedenen Abteilungen kostet Zeit und Kraft."

Gernot Grumbach, der die erkrankte SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti vertrat, meinte, wer für Integration sei, müsse dafür sorgen, dass die Migranten Arbeit oder Ausbildung bekommen, und ihnen Rechte einräumen. Grumbach plädierte für eine Verfassungsänderung, die allen hier wohnenden Menschen ein kommunales Wahlrecht einräumt.

Ein Zuhörer plädierte für eine Migrantenquote; eine Idee, für die sich keiner der Politiker erwärmte. Ein anderer kritisierte, dass die Landesregierung den muttersprachlichen Schulunterricht abgeschafft habe; so erziehe man "zweisprachige Analphabeten".

[document info]
Copyright © FR-online.de 2007
Dokument erstellt am 26.11.2007 um 00:12:03 Uhr
Erscheinungsdatum 26.11.2007 | Ausgabe: D | Seite: 26

FDP-Politiker fordert einen Minister für Integration

Landtagsfraktionen diskutieren vor Ausländerbeiräten

Ist der ethnisch gemischte Wohnblock am Ende? Liegt die Zukunft in Milieuhäusern für Griechen und Türken? Die Äußerung des Geschäftsführers der Nassauischen Heimstätte, Thomas Dilger, vergangene Woche auf einer Berliner Integrationskonferenz, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen nicht konfliktfrei zusammenleben könnten und darum eine nach Herkunft getrennte Belegung der Wohnblocks sinnvoll sei, hat bei einer Integrationsdebatte vor der Landtagswahl am Samstag im Römer für Spannung gesorgt. Zwar äußerten sich die vier Teilnehmer einmütig ablehnend – von „Gettoisierung“ hält die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) genauso wenig wie der innenpolitische Sprecher der hessischen Grünen, Jürgen Frömmrich, der FDP-Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn und auch Gernot Grumbach, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD, der die erkrankte Spitzenkandidatin seiner Partei, Andrea Ypsilanti, vertrat. Hahn aber nahm seinen Parteikollegen Dilger in Schutz: „Wir müssen uns über das Phänomen unterhalten, dass sich Mieter ihre Wohnung abhängig von der Herkunft der Nachbarn aussuchen. Wir sollten Anreize schaffen und nicht den Überbringer der Nachricht köpfen.“

Hahn war es auch, der mit seiner Forderung nach einem Platz für einen Integrationsminister am Kabinetttisch überraschte: „Die Aufgaben Integration und Demographie müssen in einem Ministerium gebündelt werden.“ Lautenschläger entgegnete, die Integration werde eine Querschnittsaufgabe zwischen Sozial-, Wirtschafts-, Innen- und Kultusministerium bleiben. Die Sozialministerin sagte, die Landesregierung stelle junge und ältere Migranten in den Mittelpunkt ihrer Integrationspolitik. Integration sei ein Grundsatsthema geworden. Als Erfolg der Landesregierung wertete Lautenschläger, dass die Schulabbrecherquote an Hauptschulen um zehn Prozent gesunken ist. Grumbach entgegnete, die Förderschulen

seien ein Auffangbecken für Migranten geworden. Er warf der hessischen Regierung vor, Integration nur punktuell zu betreiben und „Preise ohne Ende“ zu verleihen: „Das ist ein Alibi fürs Nichtstun.“ Der „interkulturelle Umgang“ tauche nur in Sonntagsreden auf.

Die Vertreter der Landtagsfraktionen diskutierten vor einem Publikum, das zu großen Teilen keine Wählerstimmen versprach, denn die hessischen Ausländerbeiräte hatten anlässlich ihrer Versammlung im Römer die Politiker eingeladen. Dieser Umstand wurde selbst zum Thema: Gehört zu einer gelungenen Integration das Wahlrecht dazu? Lieber heute als morgen wolle seine Partei das Ausländerwahlrecht einführen, sagte Grumbach. Schon nach einem Jahr in Deutschland sollten Ausländer das Kommunalwahlrecht haben, nach einigen Jahren dann auf allen Ebenen das Wahlrecht erwerben. Auch Frömmrich unterstützt ein Ausländerwahlrecht. Seine Partei plädiere seit langem für eine Verfassungsänderung. Ausländer sollten Anträge stellen dürfen und ernst genommen werden, forderte er. Lautenschläger hingegen sagte, man müsse sich entscheiden, „wo man heimisch ist“, und sich einbürgern lassen, um das Wahlrecht zu erwerben. Die Ausländerbeiräte seien eine bewährte Partizipationsmöglichkeit.

Grumbach kritisierte die Haltung der Landesregierung gegenüber Migranten als „von oben herab“. Es sei die falsche Einstellung, in den Migranten ein Problem und keine Chance zu sehen. Hahn forderte, „die Integrationspolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Man dürfe die Migranten nicht als Risiko betrachten. „Hunderttausende können eine andere Sprache außer Deutsch. Das ist eine Ressource“, sagte er. Um die Deutschkenntnisse der Kinder zu verbessern, befürwortet er einen Sprachtest für alle Vierjährigen. Seine Partei fordere ein verpflichtendes „nulltes Schuljahr“ für Fünfjährige, um das Sozial- und Kommunikationsverhalten zu verbessern.

rsch.

Sonntag-Morgenmagazin, 61
FDP-Vorschlag: 25.11.07

Ministerium für Integration

(Ms). Ein Ministerium für Integration und Demografie fordert die hessische FDP. Es solle sich künftig um die Integration von Ausländern und die Bevölkerungsentwicklung in Hessen kümmern, sagte FDP-Chef Hahn gestern bei der Versammlung der Hessischen Ausländerbeiräte in Frankfurt. Sozialministerin Lautenschläger (CDU) wies die Forderung zurück, sprach sich aber für eine stärkere Vernetzung der Integrationsangebote aus. SPD und Grüne bekräftigten ihre Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer.

Dil eğitimi velilere havale

KAZIM DOĞAN Frankfurt

Hessen Yabancılar Meclisi Üst Çalışma Grubu'nun (Agah) Frankfurt Belediye Meclisi'nde düzenlediği 'uyum' konulu panele katılan Hessen Sosyal İşler Bakanı Silke Lautenschlaeger, anadil için velilerin çaba göstermesi gerektiğini söyledi. "Uyum/2008-2013 yılları arasında Hessen ne-



Franco Foraci'nin sunduğu panele, Silke Lautenschlaeger, Arnold Grumbach ve Jürgen Frömmrich katıldı.

reye?" konulu toplantıya Bakan Lautenschlaeger, Frankfurt SPD Başkanı Gernold Grumbach, Hessen FDP Başkanı Jörg Uwe Hahn ile Yeşiller Hessen Milletvekili Jürgen Frömmrich katıldı.

SPD'li Grumbach konuşmasında Koch hükümetini suçlayarak genelgelerle bürokrasinin arttığını ve uyuma engel olduğunu belirtti. Grumbach, "Göçmen çocukların 'özel okullar'a gönderilmesi kabul edilemez" dedi.

Diplomalı göçmenler arttı

FDP'li Hahn uyum konusundaki yetkinin tek bakanlıkta toplanmasını isterken Milletvekili Frömmrich de CDU'luların artık göçmenlerin kalıcı olduklarına kanaat getirdiklerini ancak onların hakları olduğunu henüz anlayamadığını ileri sürdü. Lautenschlaeger ise, kaynak sıkıntısı çektikleri için Almanca'ya ağırlık verdiklerini, anadil için velilerin çaba göstermesi gerektiğini söyledi. Hessen Hükümeti'nin 'okul öncesi Almanca kursları'nın büyük başarı gösterdiğini savunan Bakan, ilkökul diploması alamayan öğrenci sayısının kısa sürede yüzde 10 azaldığını öne sürdü.

Göçmenler gettolarıda yaşamaya zorlanıyor

Hessen Yabancılar Meclisi Üst Çalışma Grubu'nun (Ağah) Başkanı Yılmaz Memişoğlu, yabancılarla Almanların yoğun olarak yaşadığı yerlerde ev verilmediğini söyledi. Memişoğlu, göçmenlerin gettolarda birarada oturmaya zorlandığını söyledi

Hessen Yabancılar Meclisi Üst Çalışma Grubu (Ağah) Frankfurt Belediye Meclisi'nin düzenlediği "Uyum ve Hessen'da 2008'den 2013'e kadar nasıl devam edecek?" konulu bir toplantı düzenlendi. Toplantıya, Hessen Sosyal İşler Bakanı Silke Lautenschläger (CDU), Frankfurt SPD Başkanı Gernold Grumbach, Hessen FDP Başkanı Jörg Uwe Hahn, Yeşiller Hessen Milletvekili Jürgen Frömmrich, Ağah Başkanı Yılmaz Memişoğlu, Frankfurt Yabancılar Meclisi Başkanı Enis Güleken, siyasi parti ve derneklere çok fazla davetli katıldı.

EV VERİLİYOR

Tam gün süren toplantıda konuşan Memişoğlu, kamuya ait ev kuruluşu olan Nassauische Heimstaedte yeklisinin "Türkleri bir arada toplamak gerektiğine" ilişkin açıklamasını eleştirerek, "Bugüne kadar yabancıların ev kiralarından, getto diye bilinen ve birarada olabilecekleri yerleri tercih ettikleri" söylendi. Oysa bu açıklama tersini gösteriyor. Yabancılar Almanların yoğun olarak yaşadığı yerlerden ev verilmiyor ve birarada yaşamaya zorlanıyor. Biz bu toplumda Almanlar ve göçmenlerin kaynaşmasından yanayız. Herkes birbirine karşılıklı olarak alışmalıdır. Bu tür ayrımlar önüne geçmek için bütün gücümüzle çalışacağız." dedi.



Gazeteci Franco Foracini (solda) sunduğu toplantıda konuşan Ağah Başkanı Yılmaz Memişoğlu (ortada), göçmenlerin Almanlar'dan ayrı apartmanlarda toplanmasına karşı çıkılması çağrısı yaptı. Enis Güleken (sağda) ise, ayrımcılığın ciddi bir toplumsal sorun olduğunu söyledi.

Hessen Sosyal İşler Bakanı Silke Lautenschläger (CDU) göçmen çocukların Almanca öğrenimine çok önem verdiklerini söyledi. Lautenschläger, bu görevin sadece bir bakanlığa değil bütün herkese düşüğünü kaydederek, başlatıldıkları okul öncesi Almanca kurslarının okullarda göçmen çocukların başarısını arttırdığını belirtti ve ilkokuldan mezun olmayan öğrenci sayısının yüzde 10 gibi bir azalmaya saptadıklarını açıkladı.

Toplantıya katılan Frankfurt SPD Başkanı Gernold Grumbach ise, hükümetin göçmenlere yönelik politikalarını eleştirdi. Hükümetin, alanında başarılı birçok göçmen akademisyene Alman pasaportunda engeller çıkardığını iddia ederek, hükümetin bürokrasiyi arttırarak göçmenlerin Alman toplumuna uyumunu engellediğini söyledi. Grumbach, göçmen çocukların 'Sonderschule'ye gönderilmelerinin kabul edilemez olduğunu vurgulayarak, göçmenlerin sürekli sorumlu gösterildiğini belirtti.

FRANKFURT

Almanya'ya Ayrımcılık Yasası baskısı

AVRUPA Birliği'nin (AB), Almanya'da geçtiğimiz yıl ağustos ayında yürürlüğe giren "anti-ayrımcılık" yasasının yitirilmesini konuşmuş, Berlin'e baskı yaptığı bildirildi. Haritalık dergilerden "Focus" ta yer alan bir habere göre, AB, yasanın uygulanması konusunda sıkıtları yasadığını belirterek, bir ülkede yasadışı insanların ayrımcılıktan korunması için Almanya'ya baskı yapıyor. Almanya'dan yasaların uygulanması ve ayrımcılığın önlenmesi konusunda daha etkin çalışmasını isteyen AB, bu ülke hakkında "birlikte yapılacak anlaşmalara uymaması" gerekçesiyle, vasalet işlem süreci başlatıcak AB, Almanya'ya yasa konusunda birlik normlarının gerisinde kalmakta suçluyor.

AB'nin bu konudaki raporuna yer veren dergi, birliğin özallığı ev iralama" konusunda Almanya'da ayrımcılığın sürdüğünü, illikler tektir.

KIRALIK EV BÜYÜK SORUN

Raporda, kiralık evlerin yalıtımsız irtifa bineleri devlet, kilise ve özel müesseselerde bulunduğu ve bunların da kiralık ev verirken, "belli bir müşteri kitlesini seçerek ona göre kiralamaya çalıştığını" belirttikçiyor. Raporda ayrıca, Almanya'daki çalışanların ayrımcılığa karşı yerlerinde korunmadığını vurgu yapıyor. MÜNH